

# Seidel und Jenders referierten über Ibbenbürener Flüchtlingspolitik

Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins

Freitag, 08. Jun. 2018 - 14:30 Uhr

von [Holger Luck](#)

**In Ibbenbüren läuft es gut mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Diesen positiven Eindruck vermittelten Andrea Seidel vom Ordnungsamt und Ralph Jenders vom Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche jetzt den Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Ibbenbüren.**

Foto: Holger Luck



Die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Ibbenbüren, Marie-Luise Balter-Leistner (l.), begrüßte Andrea Seidel und Ralph Jenders als Referenten auf der Mitgliederversammlung.

LAGGENBECK. Auf der Mitgliederversammlung im Saal Linnenschmidt sprachen sie am Donnerstagabend über Geleistetes und noch zu Leistendes in der Flüchtlingsarbeit der Stadt.

Als im Wesentlichen bereits gemeisterte Herausforderung nannte Seidel den sprunghaften Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015. Für 800 Menschen (statt bis

dahin jährlich rund 100) mussten Unterkünfte gefunden, Betreuung gewährleistet und Beratungsangebote bereitgestellt werden. Drei städtische Sozialarbeiter kümmerten sich in enger Zusammenarbeit mit engagierten Ehrenamtlichen um die Geflüchteten und tun das weiterhin. Durch ständige Zumietung sei der Unterkunftsbestand in dieser Phase flexibel vermehrt worden. Genauso flexibel solle er jetzt, bei rapide gesunkenen Flüchtlingszahlen, wieder abgebaut werden, so Seidel.

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen setzt die Stadt Ibbenbüren konsequent auf die dezentrale Unterbringung. Nichts, was in Richtung der viel diskutierten Anker-Zentren ginge, keine Massenunterbringung für kommunal aufgenommene Flüchtlinge. Stattdessen kleine Wohneinheiten, abgesehen von zwei Notunterkünften in Bockraden und an der Wertmühle. In dieser Vorgehensweise sieht Ralph Jenders einen wesentlichen Grund dafür, dass es in Ibbenbüren mit der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen viel besser klappt als in anderen Kommunen. Großen Anteil an Ibbenbürens vergleichsweise guter Situation schreibt Jenders dem großen Engagement zahlloser Ehrenamtlicher zu. In enger Vernetzung mit kommunalen Einrichtungen, Sozialverbänden und Kirchen leisteten sie elementare Arbeit und Unterstützung, ohne die Ibbenbüren in der Flüchtlingspolitik nicht so gut dastehen würde, wie es aktuell der Fall sei, so Jenders.

Natürlich gibt es noch einige zu meisternde Herausforderungen. So leben in den städtischen Unterkünften derzeit an 30 Standorten 300 Personen, überwiegend mit guter Bleibeperspektive, die nach ihrer Anerkennung in eigene Wohnungen umziehen sollen. Zudem hat die Wohnsitzauflage (seit Ende 2016) eine neue Quote für anerkannte Flüchtlinge mit sich gebracht. Die erfüllt Ibbenbüren erst zu 63 Prozent, 155 Menschen müssen demnach noch aufgenommen werden. Auch räumten Seidel und Jenders ein, dass es hier und da zu Konflikten komme. Die seien zwischenmenschlicher Art und resultierten aus dem wachsenden Frust über lang andauernde Anerkennungsverfahren und schleppenden Familiennachzug. Insgesamt sei das Stadtbild „bunter und farbiger“ geworden, aber in ihrer Wahrnehmung keineswegs bedrohlicher, meinte Seidel.

Gerade im Hinblick auf die erfolgreiche dezentrale Flüchtlingsarbeit in Ibbenbüren äußerten einige Parteimitglieder Befürchtungen hinsichtlich der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) der Bezirksregierung am Schwarzen Weg, die derzeit auf 960 Plätze ausgebaut wird. Auch hier bestünden hervorragende Strukturen, die sie der Entwicklung beruhigt entgegenblicken ließen, meinten Jenders und Seidel übereinstimmend.